

FREIBERUFLER-TICKER vom 16. März 2018

1. Innovativer Mittelstand ohne eigene FuE

Auch wenn mittelständische Unternehmen oftmals keine eigene Forschung und Entwicklung (FuE) betreiben, generieren drei Viertel von ihnen Innovationen: Dazu gehören sowohl die kontinuierliche Verbesserung von bestehenden Produkten und Dienstleistungen als auch Prozess- und nicht-technologische Innovationen. Insbesondere kleinste, kleine und mittlere Unternehmen wählen Innovationsstrategien abseits von FuE. Bezogen auf Branchen gibt es Unterschiede: Im Informations- und Kommunikationstechnologie-Bereich generieren acht von zehn nicht-forschenden mittelständischen Unternehmen Innovationen, im verarbeitenden Gewerbe gelingt dies ohne FuE weniger als 30 Prozent. Hierzu hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn eine [Studie](#) erstellt, deren Ergebnisse am 12. März 2018 veröffentlicht worden sind.

2. Soziale Sicherung in der EU

Die Ausgaben des Staatssektors in der Europäischen Union (EU) im Bereich der sozialen Sicherung haben im Jahr 2016 fast ein Fünftel des Bruttoinlandproduktes (BIP) ausgemacht. Darüber hat Ende der vergangenen Woche das Statistische Amt der Europäischen Union (eurostat), in einer Pressemitteilung ([39/17](#)) informiert. Im Verhältnis zum BIP hat der Bereich soziale Sicherung 19,1 Prozent ausgemacht. Dies entspricht mehr als 40 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben.

3. Mehr ELSTER-Nutzer

Die Zahl der Nutzer des ELSTER-Systems zur elektronischen Abgabe von Steuererklärungen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/1058](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke ([19/773](#)) vom 13. März 2018 mitgeteilt hat, sind im Jahr 2013 15,17 Millionen Einkommensteuererklärungen elektronisch an die Finanzämter gesandt worden, im Jahr 2016 sind es 20,8 Millionen gewesen. Auch bei der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer und anderen Steuerarten nutzen die Steuerpflichtigen zunehmend den elektronischen Weg.

4. BGH zur Bürogemeinschaft von Anwalt mit Mediator und Berufsbetreuer

Der Bundesgerichtshof hat in einer am 14. März 2018 veröffentlichten [Entscheidung](#) am 29. Januar 2018 entschieden, dass Mediatoren und Berufsbetreuer nicht zu den in § 59a I 1 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) aufgeführten Berufen, mit denen es Rechtsanwälten über § 59a III BRAO erlaubt ist, sich zu einer Bürogemeinschaft zu verbinden, zählen. Mediatoren und Berufsbetreuer würden kein den sozietätsfähigen Berufen entsprechendes Schutzniveau bieten; insbesondere sei die Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht nicht berufs- und strafrechtlich abgesichert. Die Neufassung von § 203 III, IV Strafgesetzbuch StGB durch das Gesetz zur Neuordnung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen war nicht Prüfungsgegenstand, weil sie zum maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt noch nicht galt. Der Bundesgerichtshof hat daher nicht beantwortet, ob die Neuordnung etwas an der verfassungsrechtlichen Bewertung ändert.

5. Deutschland ist ein Wachstumsmarkt für Big Data

Im Jahr 2018 werden mit Hardware, Software und Services für Big-Data-Anwendungen voraussichtlich 6,4 Milliarden Euro umgesetzt, ein Plus von zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das zeigen [Berechnungen](#) des IT-Marktforschungsunternehmens IDC im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 13. März 2018 veröffentlicht worden sind.

6. Schülerzahlen im Schuljahr 2017/2018

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts (Destatis) vom 13. März 2018 werden im Schuljahr 2017/2018 nach vorläufigen Ergebnissen rund 11,0 Millionen Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Laut Destatis entspricht dies einem Rückgang von 0,4 Prozent im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr. Im laufenden Schuljahr besuchen insgesamt 8,3 Millionen Schüler allgemeinbildende Schulen (Rückgang 0,3 Prozent) und 2,5 Millionen Schüler (0,7 Prozent Rückgang) berufliche Schulen. Im Schuljahr 2017/2018 sind von den rund 11,0 Millionen Schülern 1,2 Millionen Ausländer gewesen (ein Plus von 5,4 Prozent). Diese Ergebnisse beziehen sich auf Schüler, die nur eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund ist wesentlich höher, er hat im Jahr 2016 laut Mikrozensus bei 32,5 Prozent gelegen.

7. Migrationsstatistik

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 13. März 2018 sind im Jahr 2016 rund 500.000 Personen mehr nach Deutschland zu- als fortgezogen. Die Zahl der Zuzüge von Deutschen – dazu zählen Spätaussiedler sowie aus dem Ausland zurückgekehrte Deutsche – ist mit rund 146.000 Personen gegenüber dem Vorjahr angewachsen (plus 25.000). Zeitgleich ist die Zahl der Fortzüge Deutscher auf 281.000 Personen angestiegen (plus 143.000). Demzufolge ergibt sich ein Wanderungsverlust deutscher Bundesbürger von 135.000 Personen im Jahr 2016. Rund 51 Prozent aller Zugewanderten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union gewesen, neun Prozent waren Staatsangehörige anderer europäischer Länder, 26 Prozent haben die Staatsangehörigkeit eines asiatischen Staates und fünf Prozent die Staatsangehörigkeit eines afrikanischen Staates gehabt.

8. Arbeitsvolumen auf rund 60 Milliarden Stunden gestiegen

Insgesamt haben die Erwerbstätigen in Deutschland im Jahr 2017 rund 60 Milliarden Stunden gearbeitet (plus 1,1 Prozent gegenüber 2016), berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer [Pressemitteilung](#) vom 13. März 2018. Nur im Jahr 1991 ist mit 60,3 Milliarden Arbeitsstunden ein etwas höherer Wert erreicht worden. Das Wachstum ist ausschließlich auf den Anstieg der Erwerbstätigenzahl auf 44,3 Millionen Personen zurückzuführen. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen ist um 0,3 Prozent gesunken und hat 1.354 Stunden betragen. Der Rückgang beruht auf einer geringeren Anzahl an Arbeitstagen: Im Jahr 2017 hat es mit 249 drei Arbeitstage weniger gegeben als im Jahr 2016. Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sind durchschnittlich 1.937 Stunden, beschäftigte Arbeitnehmer 1.274 Stunden erwerbstätig gewesen. Vollzeitbeschäftigte haben durchschnittlich 1.634 Stunden gearbeitet, Teilzeitbeschäftigte 714 Stunden. Die durchschnittlich vereinbarte Wochenarbeitszeit bei Vollzeit hat 38 Stunden, bei Teilzeit 16,5 Stunden betragen. Die Beschäftigten haben durchschnittlich 0,5 Stunden Guthaben auf ihren Arbeitszeitkonten gesammelt und 19,7 bezahlte Überstunden gemacht, 0,2 Stunden weniger als im Vorjahr. Die unbezahlten Überstunden haben bei 23,1 Stunden gelegen, eine Stunde weniger als 2016. Der Krankenstand ist um 0,04 Prozentpunkte auf 4,25 Prozent gesunken.

9. Europäische Arbeitsbehörde auf den Weg gebracht

Die Europäische Kommission hat am 13. März 2018 im Rahmen eines [Maßnahmenpakets](#) einen [Verordnungsvorschlag](#) zur Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde angenommen. Diese Arbeitsbehörde soll unter anderem Bürger und Unternehmen über Arbeits-, Ausbildungs-, Mobilitäts-, Einstellungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten informieren. In diesem Zusammenhang wird sie auch Informationen über Rechte und Pflichten bereitstellen, die mit dem Leben, Arbeiten sowie der unternehmerischen Tätigkeit in einem anderen Mitgliedsstaat verbunden sind. Außerdem soll die Europäische Arbeitsbehörde die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei grenzüberschreitenden Sachverhalten fördern, bei Streitfällen vermitteln und sicherstellen, dass die EU-Rechtsvorschriften zur Mobilität leicht nachvollziehbar sind. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission könnte die als dezentrale EU-Agentur konzipierte Europäische Arbeitsbehörde im Jahr 2019 ihre Arbeit aufnehmen.